

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

"Kontinuität und Wandel der deutschen Führungsschicht

Bürklin, Wilhelm

Potsdam, 1996

Bürklin, Wilhelm, Vom repräsentativen zum plebiszitären Führungsprinzip.
Eine neue Generation in der Führungsschicht?

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4752

Vom repräsentativen zum plebiszitären Führungsprinzip. Eine neue Generation in der Führungsschicht?

Wilhelm Bürklin

1. Einleitung und Fragestellung.

Die mächtigsten Revolutionen vollziehen sich geräuschlos durch den Austausch der Elite im Generationswechsel. Auf diese Charakteristik des generationalen Wertewandels hat erstmals Walter Bagehot in der Einleitung der 1872 erschienenen zweiten Auflage seiner "English Constitution" hingewiesen. Nichts habe einen nachhaltigeren Einfluß auf den "Geist" einer Politik als der permanente Ersatz der alten politischen Elite durch die Mitglieder der jüngeren Generation. Die Theorie des generationalen Wertewandels hat seither eine Reihe bedeutsamer Konkretisierungen erfahren, die von Karl Mannheim (1928) bis Ronald Inglehart (1971/1989) reichen. Für besonderes Aufsehen sorgte in diesem Zusammenhang die These Ingleharts, daß der Wertewandel in der Nachkriegszeit wegen des beispiellosen wirtschaftlichen Wohlstandes einer Revolution gleichkommen werde.

Stehen wir heute vor diesem Generationswandel in der deutschen Elite? Ausgangspunkt der neueren Diskussion war die Studentenbewegung der 60er Jahre (Barnes, Kaase et al 1979). Sie konfrontierte das Establishment mit den neuen Werten der Nachkriegsgeneration. Heute, 30 Jahre später, beginnt die von der Studentenbewegung geprägte Generation, die wichtigsten Führungspositionen im einst bekämpften System zu übernehmen. Damit scheint der von Rudi Dutschke propagierte "lange Marsch durch die Institutionen" vor seinem Ziel zu stehen.

Was hat die Idee des langen Marsches mit der Generationsthese zu tun? Sie geht wie die Inglehart'sche Theorie von der Gültigkeit der Generationsthese aus. Hinter der Aufforderung zum langen Marsch stand die Erwartung der Studentenbewegung, daß es auf lange Sicht eher zum Ziel führe, das System im Sinne der sog. Doppelstrategie zu revolutionieren. Zum einen sollte der Kampf innerhalb der bestehenden Ordnung - als Partisan im Apparat - geführt werden. Flankierend dazu sollte ein Gegenmilieu aufgebaut werden, um die dennoch befürchtete Integration in das System und seine Rollenerwartungen zu verhindern (Langguth 1976).

Hat die Studentenbewegung dieses Ziel heute erreicht? Aus der automatischen Generationenabfolge kann diese These nicht abgeleitet werden. Von einem generationalen Wertewandel kann erst dann die Rede sein, wenn die grundlegenden Wertorientierungen, die diese Generationseinheit in ihrer formativen Jugendphase erwarb, auch in späteren Phasen des Lebenszyklus beibehalten hat.

Im Gegensatz zur Generationsthese steht die sog. situative Theorie des Wertewandels. Sie postuliert, daß ein Individuum - mit einer gewissen Verzögerung - seine Einstellungen und Wertorientierungen anpaßt, wenn sich seine berufliche oder soziale Situation verändert. Am Beispiel des Aufstiegs in eine Eliteposition wäre das der Übergang in einen höheren Sozialstatus, oder, wie es Karl Mannheim formulierte, der Übergang vom unterdrückten zum führenden Generationstyp.

Mit den Daten der Potsdamer Elitestudie 1995 können wir diese beiden konkurrierenden Theorien einem partiellen empirischen Test unterwerfen. Wir können darüber hinaus Antworten auf folgende Fragen geben: Wie weit ist der generationale Wandel der Führungsschicht heute fortgeschritten? In welchen Einstellungen und Wertorientierungen unterscheiden sich die neuen Generationstypen von den Kriegs- und Vorkriegsgenerationen? Hat die Protestbewegung auch in der deutschen Führungsschicht eine generationale Spaltung entstehen lassen, die die traditionell sektoral bestimmten Interessenkonflikte überlagert?

Ich möchte im folgenden vier Thesen entwickeln:

1. Aus der Protest- und Wohlstandsgeneration kommt heute die Mehrheit der deutschen Führungsschicht. Diese neuen Generationstypen unterscheiden sich in ihren Einstellungen charakteristisch von der Kriegs- und Vorkriegsgeneration.

2. Die neue Führungsgeneration vertritt sowohl auf der Wert- als auch auf der Normdimension der Politik unterschiedliche Konzeptionen: Auf der Wertdimension steht sie den politischen Zielen der Neuen Politik näher, auf der Normdimension dem Konzept einer plebiszitären, alle gesellschaftlichen Sektoren umfassenden Demokratie. Dieses Konzept steht in einem Spannungsverhältnis zum Modell der repräsentativen Demokratie.

3. Die Zugehörigkeit zu einem Elitesektor prägt die Wertorientierungen stärker als die Generationszugehörigkeit. Neben den sektoralen Unterschieden verstärken eine längere Amtsdauer und eine höhere Elitenposition eher traditionelle Einstellungen. Beide Ergebnisse sprechen für die Geltung der situativen Theorie des Wertewandels.

4. Die Einstellungsunterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren erklären sich darüber hinaus auch durch ihre Zusammensetzung: In Sektoren mit jüngeren Führungskräften, die kürzere Zeit im Amt sind und sich auf einer mittleren oder unteren Führungsposition befinden, findet auch die plebiszitäre Demokratiekonzeption größere Zustimmung. Die sektoralen Differenzen erweisen sich damit zum Teil ebenfalls als lebenszyklischer Konflikt, d.h. als Konflikt zwischen Führungsgruppen mit unterschiedlich starker Rollensozialisation.

Diese Ergebnisse deuten auf massive Lebenszykluseffekte von Wertorientierungen in der deutschen Führungsschicht hin, die den generationalen Wertewandel zum Teil konterkarrieren.

2. Die Wohlstandsgeneration und der Wandel der Demokratievorstellung

Das Konzept der politischen Generationen basiert auf der Annahme, daß ein Individuum seine politische Prägung zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr erhält. Als bester Prädiktor hat sich dabei das 15. Lebensjahr erwiesen (Dalton 1977). Auf der Grundlage dieser Generationseinteilung lassen sich für die Bundesrepublik sechs historische Phasen unterscheiden, die generationsprägende Kraft besaßen (Baker/Dalton/Hildebrandt 1981):

- das Kaiserreich (bis 1918)
- die Weimarer Republik (1919-32)
- das Dritte Reich (1933-45)
- die unmittelbare Nachkriegszeit (1946-55)
- die Ära des Wohlstands im "Wirtschaftswunder" (1955-65)
- die Ära politischen Protests nach 1966.

Nach dieser Generationseinteilung hat heute eine Mehrheit von 51,5 Prozent der deutschen Führungsschicht ihre politische Prägung in der Zeit des deutschen "Wirtschaftswunders" nach 1956 oder sogar erst in der Protestbewegung nach 1966 erhalten (Tabelle 1). Weitere 40 Prozent gehören der Nachkriegsgeneration an.

Tabelle 1: Politische Generationen in der deutschen Elite 1968-1995

	Jahr der Elitestudie			
	1968	1972	1981	1995
Politische Generation				
Protest (1966-)	-	-	0,1	14,5
Wohlstand (56-65)	0,2	1,7	5,9	37,0
Nachkrieg (46-55)	2,0	8,8	25,7	40,2
3. Reich (33-45)	36,4	50,4	62,2	8,0
Weimar (19-32)	48,8	36,0	5,8	0,3
Kaiserreich (-1918)	12,6	3,1	0,3	-
Summe (N)	100 (808)	100 (1825)	100 (1744)	100 (2341)

Die im Dritten Reich sozialisierte Generation, die noch bei der letzten Elitestudie von 1981 dominant vorherrschte (62%), hat heute ihre Führungsrolle eingebüßt. Damit verfügt Deutschland zum ersten Mal über eine Führungsschicht, die ihre Wertorientierungen überwiegend in einer demokratischen Ordnung erhalten hat. Die Generationserfahrung von Krieg und materieller Not hat die Mehrheit der Elite nicht mehr erfahren.

Diese prägenden Sozialisationserfahrungen spiegeln sich auch in den veränderten Einstellungen der Wohlstandsgeneration in der Führungsschicht wieder. Dabei lassen sich drei Trends feststellen, die mit vergleichbaren Entwicklungen in der Bevölkerung parallel laufen:

Die erste generationale Trennungslinie liegt auf der Wertdimension der Politik und bezeichnet den auch in der Bevölkerung feststellbaren Trend zu den Themen der sog. "Neuen Politik" (Baker/Dalton/Hildebrandt 1981) bzw. des Postmaterialismus (Inglehart 1971). Für die Angehörigen der Protest- und Wohlstandsgeneration haben die meisten der früher dominanten materiellen und sicherheitsbezogenen Ziele an Bedeutung verloren. Hier wirkt sich die fehlende Generationserfahrung des Krieges und der militärischen und wirtschaftlichen Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit aus. Demgegenüber sind für sie die nicht-materiellen Ziele, wie etwa der Schutz von Minderheiten und der Umwelt, wichtiger geworden. Für die neuen Themen scheint der Übergang von den Vor- zu den Nachkriegsgenerationen tatsächlich eine Wasserscheide darzustellen. Diese Differenzierung läßt sich auch mit dem unter Kritik geratenen Inglehart-Index quantifizieren: Nach seiner Klassifizierung sind knapp ein Drittel (28%) der Vorkriegsgeneration gegenüber zwei Dritteln (65%) der Protestgeneration zur Gruppe der Postmaterialisten zu rechnen.

Die zweite Trennungslinie bezieht sich auf die Prozeß- bzw. Normdimension der Politik. Sie betrifft die veränderte Bedeutung politischer Beteiligungsrechte, die sich zu einem alternativen Konzept der plebiszitären, partizipatorischen Demokratie verdichten.

Dazu ist im einzelnen zu rechnen (Schaubild 1, Anhang):

- eine Präferenz für mehr Mitwirkungsrechte der Bürger an Regierungsentscheidungen: 17% der Vorkriegs-, aber 43% der Protestgeneration gibt diesem Ziel Priorität,
- eine Präferenz für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden als notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie (39 vs. 78 Prozent Zustimmung),
- eine Präferenz für die Forderung, Demokratie nicht nur auf den politischen Bereich zu beschränken, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu realisieren (60 vs. 83% Zustimmung) sowie die politische Mitwirkung der Bevölkerung nicht nur auf Wahlen zu beschränken (86 vs. 93%),
- die Ablehnung einer traditionellen Staatsvorstellung, einer starken politischen Führung und des Vorrangs von Ruhe und öffentlicher Ordnung: 56 Prozent der Vorkriegsgeneration gegenüber 17 Prozent der Protestgeneration ist bereit, bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung das Streik- und

Prozent der Protestgeneration ist bereit, bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung das Streik- und Demonstrationsrecht einzuschränken. Die Vorstellung, daß Demokratie auf Dauer nur möglich sei, wenn sich eine starke Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt, teilen 14 gegenüber 48 Prozent der Vorkriegsgeneration, und dem Ziel der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land räumen 9 vs. 43 Prozent der Vorkriegselite Priorität ein.

Die bezeichneten Generationsunterschiede gewinnen besondere Bedeutung dadurch, daß sie keine singulären Beobachtungen darstellen, sondern sich auch empirisch zu zwei verschiedenen Demokratievorstellungen verdichten: Hier das traditionelle Konzept der repräsentativen Demokratie, mit dem eine Präferenz für politische Stabilität, die Begrenzung unkonventioneller Beteiligungsformen zugunsten der öffentlichen Ordnung und das Konzept der politischen Führung steht. Dort das plebiszitär-partizipatorische Modell, das mit den Themen der Neuen Politik und der Forderung verbunden ist, den Beteiligungsrechten des Individuums in allen gesellschaftlichen Bereichen höchste Priorität einzuräumen (Schaubild 2). Letzteres Demokratiekonzept spitzt die anthropozentrische Staatsvorstellung des Grundgesetzes zu, indem es selbst die dem Rechts- und Parteiensstaat inhärenten Grenzen individueller Selbstbestimmung ablehnt (vgl. zu dieser Diskussion Bürklin/Klein/Ruß 1996).

Der Bedeutungsraum zwischen beiden demokratiethoretischen Konzeptionen wird von den politischen Generationstypen in charakteristischer Weise aufgespannt: Die Protestgeneration unterstützt das plebiszitär-partizipatorische, die Vorkriegsgenerationen dagegen das repräsentative Demokratiemodell ($\eta^2 = .32$, bzw. $.38$ für alle Alterskategorien). Diese Ergebnisse sprechen für den erfolgreichen Marsch durch die Institutionen, da die Protestgeneration ihre plebiszitären Vorstellungen auch noch nach dem Aufstieg in die Führungsschicht beibehalten zu haben scheint.

3. Alternative Erklärungen: Sektorzugehörigkeit, Amtsdauer und Positionshöhe.

Die vorliegenden Ergebnisse der Eliteforschung sprechen gegen diese Vermutung. Gegen die Gültigkeit der Generationsthese spricht vor allem der wiederholt belegte Tatsache, daß die sektorspezifische Sozialisation von Eliten alle anderen Prägungen überlagert

Andererseits steht die Generationsthese zur Erklärung demokratischer Einstellungen in der Führungsschicht im Widerspruch zu dem gut bestätigten Ergebnis der Eliteforschung, daß die sektorspezifische Sozialisation von Eliten alle anderen Prägungen überlagert (Schleth 1971, Hoffmann-Lange 1992). In dieser Perspektive verlieren frühere Prägungen, wie z.B. die soziale Herkunft oder die Generationszugehörigkeit, in dem Maße an Bedeutung, wie ein Mitglied der Führungsschicht die Rolle eines sektoralen Interessenvertreters übernimmt. Als Indikatoren für die

sich schrittweise vollziehende Rollensozialisation können die Amtsdauer und die erreichte Positionshöhe in der Führungsschicht gelten. Zusätzlich ist auf der Grundlage der 1995 noch unvollständigen Einbindung Ostdeutscher in die gesamtdeutsche Führungsschicht auch von der regionalen Herkunft ein Einfluß zu erwarten.

Der empirische Vergleich dieser verschiedenen Indikatoren zeigt zunächst, daß der Generationseffekt tatsächlich jeweils deutlich größer ist als die drei Effekte der Rollensozialisation: die in Jahren gemessene Amtsdauer, die mit einer 7-stufigen Skala gemessene Positionshöhe innerhalb der Führungsschicht sowie die Ost-West-Herkunft. Diese deutlichen Generationseffekte werden allerdings relativiert durch den Effekt der Zugehörigkeit zu einem unterschiedlichen Elitensektor. Der Sektoreffekt ist rund dreimal so groß wie der Generationseffekt ($\eta^2 = .324$ bzw. $.564$; d.h. erklärte Varianz: 10 bzw. 32%).

Zum zweiten zeigt sich, daß der Generationseffekt durch die verschiedenen Faktoren der Elitensozialisation abgeschwächt wird: Je stärker eingebunden, umso weniger beharrlich werden neue politische Themen und Politikstile vertreten. Der stärkste Effekt geht auch hier wiederum von der Sektorzugehörigkeit aus (Tabelle 2). Werden alle diese Merkmale simultan konstant gehalten, d.h., werden zwischen den Generationen nur Personen mit gleichen Merkmalen verglichen, dann reduziert sich der Generationseffekt auf einen Bruchteil seiner ursprünglichen Erklärungskraft ($\beta = .124$ bei einer erklärten Gesamtvarianz von 36,4%). Vergleichbare Effekte zeigen sich nicht für die Sektorzugehörigkeit: Werden Amtsdauer, Positionshöhe und Ost-West-Herkunft konstant gehalten, dann bleibt die Prägung durch den Sektor weitgehend bestehen ($.564$ vs. $.502$). Daraus läßt sich ableiten, daß die sekundäre Prägung von Mitgliedern der Führungsschicht in den verschiedenen Elitesektoren deren politische Einstellungen maßgeblich bestimmt.

Tabelle 2: Generations- und Sektoreffekte plebiszitärer Einstellungen:
Eine Multiple Klassifikationsanalyse

<u>Erklärungsmodelle:</u>		(eta) Einzeleffekt	beta-Koeffizient nach Kontrolle aller anderen Effekte
I.	Positionshöhe	.164	.041
II.	Amtsduer	.219	.131
III.	Ost-West-Herkunft	.234	.078
IV.	Generation	.324	.124
V.	Sektorzugehörigkeit	.564	.502
			(Netto-) beta-Koeffizient des Generationseffektes
VI.	Generation, Positionshöhe		.309
VII.	Generation, Amtsdauer		.296
IIIX.	Generation, Ost-West-Herkunft		.281
IX.	Generation, Sektorzugehörigkeit		.164
X.	Generation, Sektorzugehörigkeit,		
XI.	Generation, Positionshöhe, Amtsdauer, Ost-West-Herkunft (Modellgüte: $R=.603$, $r^2=.364$)		.124

Wie sind diese Ergebnisse zu erklären und zu interpretieren?

Ausgangspunkt unserer Erklärung sind zunächst die Einstellungen der verschiedenen Sektoreliten auf den beiden Demokratie-Dimensionen. Dabei zeigt sich, daß die Partieliten aus dem linken Spektrum der Politik sowie die Gewerkschafts-, Kultur- und Medienelite die plebiszitären Demokratiekonzeption präferiert. Die Eliten der CDU/CSU, der Wirtschaft, der Verbände, der Wissenschaft und des Militärs fühlen sich mehrheitlich dem traditionellen Konzept verbunden ($\eta = .564$). Vordergründig betrachtet zeichnen sich die erstgenannten Teileliten dadurch aus, daß sie politisch eher links eingestellt sind.

Vergleichbar wichtig ist jedoch die unterschiedliche soziale Struktur der Sektoreliten. Die erstgenannten Eliten sind in der Regel jünger: Während etwa die Führung der Grünen durchschnittlich 41 Jahre alt ist, sind die Eliten in Wirtschaft und Verbänden um 15 bzw. 16 Jahre älter (Tabelle 3).

Außerdem verfügen sie über weniger Amtserfahrung und nehmen auch häufiger eine mittlere bzw. untere Führungsposition ein. Überdurchschnittlich häufig sind in diesen Sektoren Führungskräfte aus den Neuen Bundesländern vertreten. Alle diese Merkmale charakterisieren diese Teileliten als weniger stark in ihre Elitenrolle sozialisiert. Damit lassen sich letztlich auch die beobachteten Sektordifferenzen - etwa zwischen Politikern der Grünen und der Verbandselite - nicht als Generationskonflikt, sondern als Ergebnis noch nicht vollzogener Sozialisation in die Elitenrolle interpretieren.

Tabelle 3: Sektordifferenzen Elite 1995

Sektor	Alter	Positionshöhe	Amtsduer	Herkunft: Ost - West
SPD	50,5	5,8	4,1	1,30
CDU/CSU	50,0	5,8	4,4	1,28
FDP	50,0	5,8	4,9	1,22
Grüne	41,1	5,2	2,7	1,26
PDS	42,0	4,9	3,4	1,84
Verwaltung	54,8	5,3	4,7	1,02
Wirtschaft	56,0	6,8	6,8	1,00
Wirtschaftsverbände	57,0	6,5	7,2	1,08
Gewerkschaften	51,0	6,4	7,1	1,12
Massenmedien	48,8	5,7	5,9	1,12
Wissenschaft	57,2	6,5	7,2	1,07
Militär	55,4	5,5	3,0	1,00
Kultur	51,0	5,3	9,5	1,13
Sonstige	57,5	6,4	7,0	1,07
Total	53,0	5,9	5,7	1,12

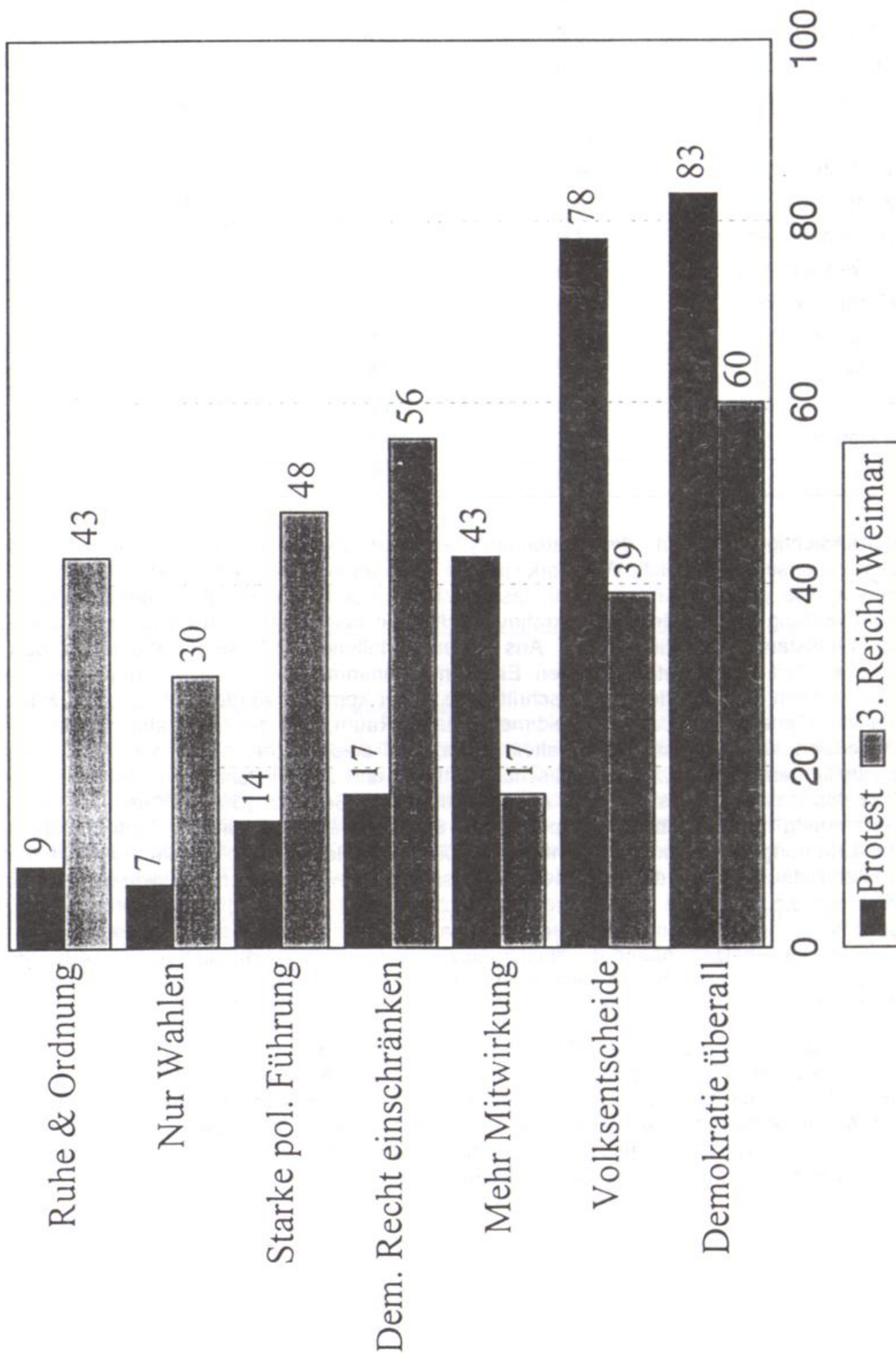
Berücksichtigt man in der Datenanalyse diese Faktoren, dann relativiert sich auch der Generationeneffekt deutlich. Wie stark sich die Generationeneffekte abschwächen, geht aus Schaubild 3 hervor. Die größten Anpassungen lassen sich dabei in der Protestgeneration feststellen. Deren Befürwortung plebiszitärer Demokratievorstellungen fällt sogar noch leicht hinter die Vorstellungen der Wohlstandsgeneration zurück. Aus diesen Verteilungen läßt sich vorhersagen, daß auch die in jüngster Zeit rasch aufgestiegenen Eliten mit zunehmender Sozialisation in die Elitenrolle dem traditionellen Demokratiekonzept schrittweise näher kommen werden. Gleichzeitig zeigt die Position der vier Generationstypen im zweidimensionalen Raum, daß der Generationeneffekt auf der zweiten Dimension sehr viel stärker erhalten bleibt. Auf dieser Dimension finden sich unterschiedliche Einstellungen zur Legitimität politischer Konflikte und zur Einschätzung, daß die Erweiterung der Partizipationsrepertoires in den unkonventionellen Bereich (Barnes/Kaase et al. (1979) eine Gefährdung für die Stabilität des politischen Systems bedeuten könnten. Es läßt sich vermutlich mit der Erfahrung der nunmehr 50jährigen Stabilität der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik erklären, daß sich auf dieser Dimension tatsächlich ein generationaler Wertewandel vollzogen hat. Während die Eliten, die die unmittelbare Nachkriegszeit und vor allem das Dritte Reich erlebten, die unkonventionellen bis nicht-legalen Partizipationsformen noch als Bedrohung der demokratischen Ordnung einschätzen, haben die Nachkriegsgenerationen hier erheblich geringere Bedenken. Für sie gehören diese Aktionsformen zunehmend zur Normalität, die das politische System zu verarbeiten in der Lage ist.

Wenn wir die eingangs gestellte Frage wieder aufnehmen, dann kommen wir zu folgender Schlußfolgerung: Der lange Marsch durch die Institutionen hat die Protestgeneration in die Ämter gebracht; er hat aber nicht verhindern können, daß sich darüber ihre Weltbilder veränderten. Offensichtlich führt die Übernahme von Verantwortungsrollen dazu, daß auch die Wertorientierungen der Führungsschicht, insbesondere hinsichtlich der Wünschbarkeit einer umfassenden partizipatorischen Demokratie, pragmatischer werden.

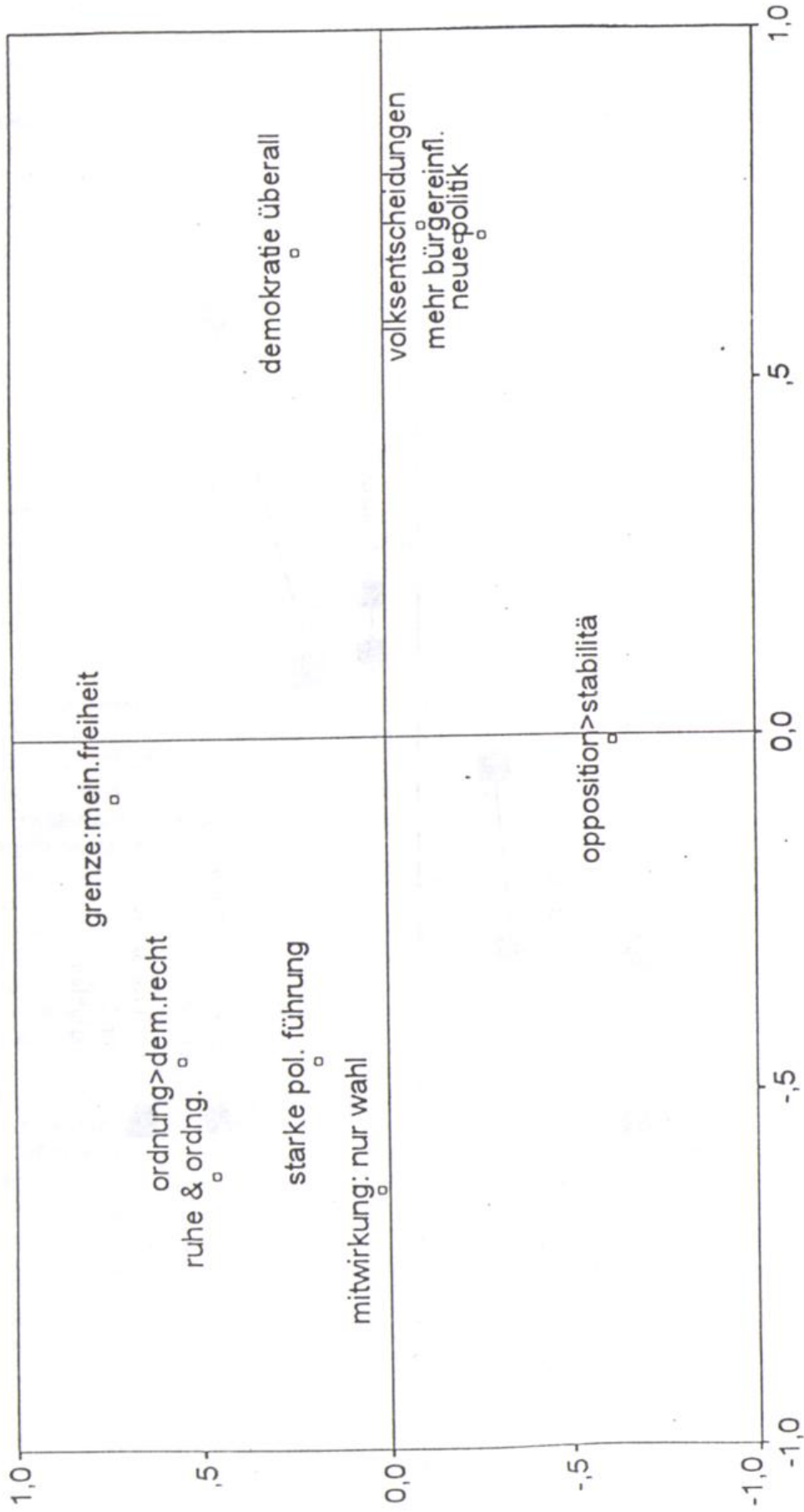
Tabellenanhang

Schaubild 1

Demokratische Einstellungen in zwei Generationen



Dimensionen demokratischer Einstellungen:



Plebiszitäre vs. repräsentative Demokratie

Stabilitäts- vs. Konfliktorientierung

Schaubild 3

